



# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

## Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am  
09.01.2014 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Ausschussvorsitzende**

Frau Ria von Schrötter

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Carola Hartfelder  
Frau Gabriele Dehn  
Frau Gabriele Schröder  
Herr Peter Dunkel  
Herr Felix Thier  
Herr Lutz Lehmann

#### **Sachkundige Einwohner**

Frau Anke Blanchard  
Herr Manuel Hurtig  
Frau Marita Marufke

#### **Verwaltung**

Herr Horst Bührendt, Dezernent V  
Herr Matthias Fröhlich, SL Schulverwaltung  
Frau Andrea Piechatzeck, kommissarische SL Haushalt  
Frau Nadine Wache, SL Geschäftsbuchhaltung, A 20  
Frau Manuela Ulrich, SB Haushalt u. Zuwendungen, A 20  
Frau Andrea Staeck, Leiterin VHS  
Frau Birgit Kaminski, Fachkoordinatorin Sport  
Herr Andreas Hüttner, Leiter Kreismusikschule  
Herr Silvio Fischer, Leiter Museum Wünsdorf  
Frau Petra Hermann, Leiterin Kreismedienzentrum  
Frau Margitta Wünsche, Sachbearbeiterin Kultur

## **Gäste**

Frau Carola Pawlack, Geschäftsführerin Kreissportbund

## **Entschuldigt fehlten:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gertraud Rocher  
Herr Andreas Noack

## **Sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Buch

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2013
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2014
- 6 Anfragen der Abgeordneten

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

Frau von Schrötter eröffnet die 31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport und wünscht allen ein gutes, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr. Sie bestätigt die Tagesordnung und verpflichtet die neuen sachkundigen Einwohner, Frau Anke Blanchard, Vorsitzende des Kreisschulbeirats sowie Frau Marita Marufke.

#### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2013**

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift gilt somit als angenommen.

### **TOP 3**

#### **Mitteilungen der Verwaltung**

Die Verwaltung hat keine Mitteilungen.

### **TOP 4**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

### **TOP 5**

#### **Vorstellung und Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2014**

Frau von Schrötter schlägt vor, dass heute nur die Einbringung des Haushalts erfolgen sollte und Nachfragen zur Verständniserklärung gestellt werden. Die Diskussion über evtl. Veränderungswünsche sollte zunächst in den Fraktionen erfolgen. Zur Sitzung im Februar 2014, die vor der Kreistags-Sitzung stattfindet, sollten sich die Mitglieder dieses Ausschusses über Veränderungswünsche verständigen, die dann dem Kreistag zum Beschluss empfohlen werden. Die Mitglieder des Ausschusses erklären sich damit einverstanden.

Herr Bührendt weist auf den wichtigen Punkt der investiven Ausgaben hin. Die investiven Ausgaben wurden in den letzten Jahren bezüglich der Einrichtungen, aber auch insbesondere bei den Schulen in Trägerschaft des Landkreises auf das Minimale beschränkt. Die Situation der kommunalen Schulen und insbesondere der Oberschulen in Trägerschaft der Kommunen, für die der Landkreis die Kosten erstattet, stellt sich wesentlich besser dar. Frau Piechatzeck bzw. Herr Fröhlich werden anschließend auf diese erhebliche Kürzung der investiven Kosten bis auf wenige Dinge, die unabweisbar sind, noch hinweisen. Diese unabweisbaren Dinge beziehen sich z. B. auf die Neuanschaffung von PCs und die Umrüstung auf ein neues notwendiges Betriebssystem. Herr Bührendt hält es für notwendig, in Bezug auf diese Kürzungen auch mal gegenzusteuern.

Weiter bemerkt er, der Haushalt des Amtes für Bildung und Kultur teilt sich in die pflichtigen Aufgaben, die insbesondere mit „Schule“ verbunden sind und in die freiwilligen Aufgaben, die die Einrichtungen des Amtes betreffen. Diese tragen dazu bei, dass eine bestimmte kulturelle und bestimmte Bildungsversorgung im Landkreis gewährleistet ist und erhalten bleibt. Er erinnert daran, dass alle Einrichtungen im letzten Jahr in diesem Ausschuss vorgestellt wurden. Diese waren zum Teil sehr beeindruckend, auch wurde dargestellt, wie gut diese Angebote angenommen werden. Diese freiwilligen Aufgaben sind im Haushaltsplan eingestellt und gut abgesichert. Er sieht es aber auch in Zukunft als Aufgabe dieses Ausschusses, die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Einrichtungen deutlich zu machen. Er stellt klar, von Seiten der Verwaltung gibt es keinerlei Absichten, diese freiwilligen Aufgaben zu kürzen bzw. aufzugeben. Im Haushaltssicherungskonzept ist ausgewiesen, dass natürlich auch die Bestrebungen und die Arbeit des Amtes darauf gerichtet sind, z. B. über die Neufassung von Gebührensatzungen die Ertragsseite so zu gestalten, dass der Zuschuss des Landkreises entsprechend abgesenkt werden kann. Abschließend erklärt er, für den Bereich „Schulen“ wird Herr Fröhlich die wesentlichen Punkte noch einmal erläutern, für die Einrichtungen des Amtes für Bildung und Kultur übernimmt diese Aufgabe Frau Piechatzeck.

Herr Fröhlich führt aus, zum A 40 gehören 22 Produkte und 495 Produktkonten. Daher schließt er sich dem Vorschlag von Frau von Schrötter zur heutigen Verfahrensweise an. Er bittet zu bedenken, dass im Jahr 2013 die meisten im Haushaltsplan enthaltenen Maßnahmen aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht realisiert werden konnten.

Weiter erklärt er, bei den Gesamterträgen ist eine Erhöhung von 75.930 € und bei den Gesamtaufwendungen eine Erhöhung von 285.590 € zu verzeichnen, was somit einen Zuschuss von 209.660 € bedeutet. Diese 209.660 € beinhalten Mehrkosten bei Schulkostenbeiträgen an die kreislichen Schulen für erhöhte Aufwendungen für Bewirtschaftungskosten, Preiserhöhungen, Personalaufwendungen und Tarifierhöhungen.

Beispielhaft erläutert er die drei größten Einzelposten der Kostensteigerung. 167.300 € Mehrkosten als Schulkostenbeitrag des Landkreises gehen an die kreislichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen für erhöhte Aufwendungen der Bewirtschaftung, Preiserhöhungen, Personalaufwendungen und Tarifierhöhungen. Weitere Mehraufwendungen gibt es für die OS Rangsdorf im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau sowie für die OS Trebbin, für die in den vergangenen Jahren auf Grund der drohenden Schließung keine Substanzerhaltungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Weitere Mehrkosten gibt es bei der Schülerbeförderung auf Grund der Tarifierhöhung vom August 2013 beim Verkehrsbund sowie Benzinpreisanpassungen und Einsatz von notwendigem Begleitpersonal beim Schülerspezialverkehr.

Zur Vorgehensweise der Planung erklärt er, die Ansätze der Bewirtschaftung und Erhaltung wurden auf Grundlage des Vorjahresergebnisses gebildet und bekannte Preiserhöhungen, Reinigungstarifierhöhungen usw. berücksichtigt. Für die schülerbezogenen Aufwendungen liegen Regelsätze für jede Schulform vor. Die Planung und Unterhaltung der Datentechnik erfolgt auf Grundlage des Sachgebietes ADV. Für die Bauunterhaltung und die geplanten Baumaßnahmen erfolgt die Zuarbeit vom Bauamt. Er berichtet von den dringend notwendigen investiven Maßnahmen wie dem Anbau am Fontanegymnasium Rangsdorf, der Errichtung der Cafeteria in Ludwigsfelde. In Jüterbog sind der Einbau einer Treppe sowie die Schulhofsanierung auch aus Unfallgründen notwendig. Auch ist die Inklusion vorzubereiten. Das Friedrich-Gymnasium Luckenwalde besitzt als einziges Gymnasium einen Aufzug. Er schlussfolgert, mit den lt. Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mitteln können nur punktuell notwendige Arbeiten erledigt werden.

Herr Fröhlich weist darauf hin, dass für Investitionen in diesem Haushalt 212.300 € eingestellt sind, die das Amt auch sehr dringend behalten muss. Er führt aus, im vergangenen Jahr wurde mit der zwingend notwendig gewordenen Umstellung der PC-Arbeitsplätze auf das Betriebssystem Windows 7.0 begonnen, da Microsoft die Pflege des Betriebssystems Windows XP zum 09.04.2014 beendet. Begonnen wurde mit der Umstellung in den allgemein bildenden Schulen, da es dort relativ unkompliziert war. Zwingend muss aber die Umstellung am OSZ erfolgen. Herr Fröhlich berichtet von der Schulkonferenz am OSZ vom 06.01.2014. Dort wurde dem Amtsleiter, Herrn Dornquast, ein Brief zur Ausstattung mit DV-Technik mit folgendem Inhalt übergeben: „Die grundlegende Technikausstattung erfolgte an dem Standort Birkengrund Süd im Jahr 1999, am Standort An der Stiege in Luckenwalde im Jahr 2002. Eine umfassende zyklische Erneuerung erfolgte bislang nicht. Geplante Investitionen waren durch die vorläufige Haushaltsführung in den letzten fünf Jahren nicht im erforderlichen Maße möglich. Um den Unterricht sowie die erforderlichen Prüfungsverfahren (IHK) abzusichern, ist dringender Handlungsbedarf gegeben und es sind Investitionen in DV-Infrastruktur (Netz, Server u. ä.) sowie in die PC-Ausstattung zwingend erforderlich.“ Herr Fröhlich weist darauf hin, dass neben der neuen PC-Ausstattung auch das Netz und die Server darauf abgestellt werden müssen. Er erklärt abschließend, mit seinen Ausführungen die Situation erklären und auf die Dringlichkeit hinweisen zu wollen.

Frau von Schrötter bemerkt, auch das Oberstufenzentrum ist eine allgemein bildende Schule. Dort werden das berufliche Gymnasium und die Fachoberschulen beherbergt, die zum Fachabitur führen. Das Oberstufenzentrum ist somit eine Schule, die für sehr viele Schüler den Weg von der Oberschule zum Abitur ermöglicht und einen ganz hohen Stellenwert genießt. Sie erklärt weiter, dessen sollten sich die Mitglieder des Ausschusses bei der Diskussion über den Haushalt und Investitionen an unseren Schulen bewusst sein. Ein

Problem sieht sie im Schulkostenausgleich zu den Gemeinden, da diese nicht betroffen sind. Das trifft aber die Schüler/innen, die dann die weiterführenden Schulen besuchen. Diesem großen Problem sollte sich dieser Ausschuss bis zur Kreistags-Sitzung im Februar noch einmal bewusst zuwenden.

Frau Hartfelder bedankt sich für die sehr gute Erläuterung durch die Verwaltung, die viele Punkte des Haushaltes erklärbar macht. Ihre Verständnisfrage zu „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ wird durch Frau Piechatzeck beantwortet.

Frau Piechatzeck und Herr Fröhlich beantworten die Fragen von Herrn Thier zu den Aufwendungen für die Nutzung von Sportstätten u. ä., zur Notwendigkeit einer Wasserenthärtungsanlage in Ludwigsfelde in der Brandenburgischen Straße sowie zur Förder- und Beratungsstelle, für die erstmals im Jahr 2014 2.000 € angesetzt sind.

Herr Thier stellt fest, dass sich der Ansatz bei den übrigen sonstigen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 100.000 € verringert hat. Er fragt daher, ob diese Verringerung zur Folge hat, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und bei den Denkmalschutzaufgaben Leistungen gekürzt werden.

Frau Piechatzeck erklärt, das Sachgebiet Denkmalschutz wurde vor eineinhalb Jahren in das Amt für Bildung und Kultur eingegliedert und somit auch die Haushaltsangelegenheiten. Sie hat festgestellt, dass der Betrag bei der Ersatzvornahme gleichzeitig auch wieder dem Verpflichteten per Verfügung auferlegt wird.

Herr Bührendt ergänzt, Erträge und Aufwendungen sind jeweils reduziert um 100.000 €. Ihm ist bekannt, dass die tatsächlichen Ist-Zahlen weit darunter liegen.

Frau von Schrötter bittet, die 35.500 € - notwendige Instandsetzungsarbeiten für das Museum des Teltow – zu erklären.

Frau Piechatzeck führt aus, da das Gebäude natürlich unterhalten werden muss und auch die Substanzerhaltung erforderlich ist, sind neben den 10.500 € für die normale Unterhaltung für das Jahr 2014 einmalig 25.000 € für Malerarbeiten, Fenster, Außentüren usw. eingeplant.

Herr Fröhlich erläutert dazu, der Landkreis hat im Jahr 1993 mit der Stadt Zossen als Eigentümerin einen Erbbaupachtvertrag für 99 Jahre geschlossen. In diesem Vertrag ist festgelegt, dass der Erbbauberechtigte die auf dem Grundstück errichteten Gebäude nebst Zubehör dauernd und im guten baulichen Zustand zu erhalten hat.

Frau von Schrötter stellt fest, dass die Gesamtschule Dabendorf zu einem nicht geringen Kostenfaktor neu gebaut wird. Die Kosten betreffen den Bau sowie auch die Ausstattung. Sie fragt, inwieweit die Kosten für die Ausstattung, die durch den Landkreis refinanziert werden, schon für die nächsten Jahre kalkuliert sind und ob diese Zahlen für die nächsten Jahre im Haushaltssicherungskonzept enthalten sind. Weiter fragt sie, ob es von Seiten des Landkreises eine Einflussnahme auf die Ausstattungsumfänge und die Standards gibt, wenn eine Schule neu gebaut wird.

Herr Fröhlich hat über den geplanten Neubau bisher nur Kenntnis aus der Presse. Er führt aus, die Baukosten trägt der Schulträger. Bei den Ausstattungen wird der Landkreis beteiligt. Da gilt die Abschreibungstabelle über drei bzw. 10 Jahre. Er geht davon aus, dass die Stadt Zossen sich an einem bestehenden Raumbedarfsprogramm vom MBS orientiert. Die Stadt Zossen ist bisher aber noch nicht an den Landkreis herantreten. Weiter erklärt er, die Stadt Zossen als Schulträger ist verpflichtet, Veränderungen bei der Erstattung der Schulkosten vorher anzuzeigen. Der Landkreis muss dann entsprechend die Haushaltsvorsorge treffen.

Frau Piechatzeck hält es für wichtig, den Zeitpunkt des Baubeginns sowie den Bauzeitraum in Erfahrung zu bringen. Sie verweist auf die Möglichkeit, beim Gespräch des Dezernenten mit den Bürgermeistern am 16.01.2014 der Bürgermeisterin, Frau Schreiber, bei deren Anwesenheit, diese Fragen zu stellen. Weiter führt sie aus, die Schulkostenbeiträge sind sehr aufwendig zu errechnen. Sie werden im Detail geprüft, auch ist der Vergleich mit den kreislichen Schulen sehr kritisch.

Frau von Schrötter sieht keine weiteren Fragen. Sie schließt die Diskussion bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses ab und hofft auf neue Ideen.

## **TOP 6**

### **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Thier bezieht sich auf die Sitzung des Ausschusses vom 14.11.2013. Ein TOP dieser Sitzung war die Information zum Fragebogen durch Herrn Müller-Elmau, Institut PUMA. Anschließend bat Herr Müller-Elmau um Zusendung dieses Fragebogens per Fax.

Herr Thier erklärt, dass diese Zusendung nicht möglich war.

Frau Linke sagt Klärung zu.

Luckenwalde, 16.01.2014

---

gez. Ria von Schrötter  
Die Vorsitzende

---

Heike Linke  
Protokollantin